

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Bruno Friedrich MdEP,
Vizepräsident des Euro-
pa-Parlaments, zum 10.
Jahrestag des Warschauer
Vertrages: Fragen an
die deutsch-polnische
Zukunft. Seite 1/2

Helmut Frenz, ai-Gener-
alsekretär, fordert,
den Scharfrichtern in
Seoul in den Arm zu
fallen: Demokraten als
Zuschauer einer Hin-
richtung. Seite 3

Berthold Merkel schil-
dert ein bayerisches Ka-
binettsstück: Der Koor-
dinator Maier ist ge-
scheitert. Seite 4-7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

35. Jahrgang / 232

3. Dezember 1980

Fragen an die deutsch-polnische Zukunft

Zum 10. Jahrestag des Warschauer Vertrages

Von Bruno Friedrich MdEP
Vizepräsident des Europa-Parlaments

Die Lage Deutschlands und Polens sind der Gradmesser für die Stabilität oder Labilität der bestehenden Friedensordnung in Europa. Dies gibt den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Volksrepublik Polen ihren hohen Rang; das gleiche gilt für die Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zu ihrem polnischen Nachbarn. Jede Veränderung im deutsch-polnischen Raum muß die empfindliche europäische Friedensordnung erschüttern; denn die Bundesrepublik Deutschland, die Volksrepublik Polen und die Deutsche Demokratische Republik sind im Ost-West-Lager nicht nur die jeweils bedeutendsten Mittelmächte. Da ihre internationale Integrität und innerstaatliche Identität das Resultat des Zweiten Weltkrieges sind, gelten sie vielen Nachbarn, langfristige betrachtet, als ungefestigt. Es ist deshalb eine zu enge Betrachtung, die polnische Krise des Jahres 1980 wie die Ungarnkrise 1956 vorrangig unter den Aspekten des Warschauer Paktes, oder wie die Prager Krise 1968, unter dem Blickwinkel der Breschnew-Doktrin zu sehen. Sicher, beide Komplexe, Warschauer Pakt und Führungsrolle der Partei, sind für die Sowjetunion und die DDR von höchstrangiger Bedeutung. Aber weitaus schwerwiegender für die Folgen einer Intervention von außen in Polen, würde sie stattfinden, ist die Tatsache, daß der Zweite Weltkrieg begann, weil Hitler die staatliche Integrität Polens ignorierte. Ein Angriff auf Polens staatliche Integrität im Jahre 1980, sie hätte unabsehbare Folgen und müßte die Entspannungspolitik in die Luft sprengen.

Als die USA und Großbritannien in Jalta der neuen staatlichen Dimension Polens zustimmten, war es ihnen leichter, den neuen Grenzen Polens als einer von der Sowjetunion geprägten inneren Ordnung Polens zuzustimmen. Dennoch, der Westen akzep-



tierte damals beides. Polen, die Lektion seiner Teilung durch russische Zaren, preußische Könige und österreichische Kaiser vor Augen, sah sich dadurch in der Wahrung seiner territorialen Integrität auf das Bündnis mit der Sowjetunion Stalins verwiesen. Die Großmacht Sowjetunion, dies war die polnische Auffassung nach 1945, konnte am ehesten den polnischen Staat in seinen neuen Grenzen garantieren.

Der von Bundeskanzler Willy Brandt abgeschlossene Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 über die Grundlage der Normalisierung hat nicht nur den Beginn der Aussöhnung gebracht; präziser ist es, wenn man feststellt, daß die Aussöhnung mit dem polnischen Volk beginnen konnte, weil sich die Bundesrepublik Deutschland, wie es im Vertrag heißt, zur Anerkennung der polnischen Westgrenze, zu ihrer Unverletzlichkeit und zur Achtung der territorialen Integrität verpflichtete.

Für das Selbstbewußtsein der staatlichen Integrität Polens ist der Warschauer Vertrag von 1970 eine unverzichtbare Position. Der Vertrag Schmidt/Gierek 1976 war seine konsequente Fortsetzung. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind seit dem Warschauer Vertrag ein Eckpfeiler der gesamten Ost-West-Beziehungen, aber auch ein die Entspannung insgesamt stabilisierender Faktor. Sie sind es auch jetzt, inmitten der polnischen Krise. Sie sind nie gegen die Sowjetunion oder die DDR ausgespielt worden; denn jede Krise oder Störung der Beziehungen Polens zu seinen Nachbarn beeinträchtigt auch das deutsch-deutsche Verhältnis.

Polens Weg in eine neue staatliche Integrität nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges begann mit einer riesigen Aufbauleistung in einem schwer zerstörten Land, dazu mit dem Ehrgeiz, aus einem Agrarstaat rasch ein Industriestaat zu werden. Die Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und ein untaugliches Wirtschaftssystem, beides, führte in die gegenwärtige Krise. Dennoch: Polen ist zwar hoch verschuldet, aber es ist nicht arm; denn mit einer Kohlenreserve von 135 Milliarden Tonnen hat es die nach der Sowjetunion größten Energiereserven aller europäischen Staaten. Doch hilft dies nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt. So entstand als Folge der Wirtschaftskrise die Identitätskrise der politischen und gesellschaftlichen Ordnung Polens.

Polen kann seinen Weg in eine bessere Zukunft nur finden, wenn es ihm gelingt, zwischen Partei, Staat, Kirche, unabhängigen Gewerkschaften und Bauern einen nationalen Konsens zu entwickeln, den jedoch die Sowjetunion, den Polens Nachbarn nur akzeptieren werden, wenn die führende Position der Partei in Polen und die Sicherheitsinteressen des Warschauer Paktes nicht angetastet werden.

Es gibt noch eine dritte Bedingung für die Überwindung der polnischen Krise. Durch das Aufkommen eines im inneren anders strukturierten, eines betont nationalen polnischen Staates, orientiert an den besonderen Bedingungen der polnischen Gesellschaft, könnte sich die DDR, die an ihrer Westgrenze von der Bundesrepublik nicht als Staatnation anerkannt wird, in ihrer staatlichen Existenz langfristig gefährdet sehen. Die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen ist deshalb nicht nur davon abhängig, daß wir uns, bei aller offenen Sympathie für Schritte der Demokratisierung in Polen, jeder Einmischung von außen enthalten. Wer das gegenwärtige europäische Gleichgewicht, wer den Frieden erhalten will, muß mithelfen, durch wirtschaftliche Hilfe für Polen die innere Krisenlage des Landes zu entschärfen, er muß aber auch die komplizierten deutsch-deutschen Beziehungen in diesen Prozeß der Stabilisierung einbeziehen. Die Ernsthaftigkeit des Grundlagenvertrages als Basis für die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist in diesen Wochen auf dem Prüfstand. Niemand sollte auf "Folgeschwächen der DDR" im Gefolge der polnischen Krise spekulieren. Niemand sollte der DDR einen billigen Vorwand liefern. Immer noch droht die Möglichkeit eines schweren Rückschlages, der das europäische Gleichgewicht auf Jahre hinaus tief verletzen kann.

Die Bundesrepublik, die EG, die USA haben mit ihrer behutsamen Politik gegenüber Polen besonnen reagiert. Es wäre zu wünschen, daß die Sowjetunion, auch die DDR, den Willen zur Vernunft im Westen zur Kenntnis nehmen. Die Lösung der polnischen Krise braucht Zeit und kühlen Verstand.

(-/3.12.1980/bgy/ca)



Demokraten als Zuschauer einer Hinrichtung

Wann fallen wir dem Scharfrichter in den Arm

Von Helmut Frenz

Generalsekretär der ai-Sektion Bundesrepublik Deutschland

Selten hat es weltweit eine so positive Beurteilung eines Menschen gegeben, Über den in Seoul seit Wochen in aller Öffentlichkeit Militärgerichte bereits in mehreren Instanzen "Recht" sprechen. Die Weltöffentlichkeit weiß: Kim Dae Jung wurde verhaftet, weil er seit vielen Jahren für die friedliche Rückkehr Südkoreas zur Demokratie eintritt auf der Grundlage einer Verfassung, die die Freiheit und die Menschenrechte der gesamten Bevölkerung garantiert.

Kim symbolisiert die freiheitlich-demokratische Alternative in einem Land, das seit vielen Jahren von diktatorischen Regimen unterdrückt wird. Für sein Eintreten für Freiheit und Demokratie wurde er bereits in zwei Instanzen zum Tode verurteilt in einem Gerichtsverfahren, das nach einheitlicher Überzeugung objektiver Beobachter nicht rechtsstaatlich gewesen ist.

Kim hat bereits früher mehrfach in Haft gesessen und ist dabei gefoltert worden. Seine angeblichen "Geständnisse", einen Umsturz geplant zu haben, sind - wenn sie überhaupt gemacht wurden - durch Folterungen erpreßt worden. Noch für diese Woche erwartet man das letztinstanzliche Urteil des Revisionsgerichts.

Es kann jedoch kaum einen Zweifel daran geben, daß auch diese Revisionsinstanz das Todesurteil bestätigen wird, zumal das Revisionsgericht den Prozeß inhaltlich nicht noch einmal aufrollen wird. Es ist zu befürchten, daß Kim Dae Jung bereits in den nächsten Tagen hingerichtet werden wird. Offensichtlich haben die weltweiten Proteste die Machthaber um den Präsidenten Chun Doo-hwan nicht beeindruckt. Es drängt sich deshalb die Frage auf: Wie lange dürfen Demokraten in der Haltung des protestierenden Zuschauers verharren?

Der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, sagte wohl nicht ohne Resignation, daß jede der Regierungen aufgerufen sind, die Hinrichtung Kim Dae Jungs zu verhindern, die über Einfluß in Seoul verfügen. amnesty international in der Bundesrepublik Deutschland schließt sich diesem Aufruf an und fordert die Bundesregierung und alle einflußreichen Politiker auf, eine Delegation unter Leitung eines hochrangigen Politikers sofort zum Präsidenten Chun Doo-hwan zu entsenden, um in einem direkten Gespräch die Machthaber Südkoreas zur Aufhebung des Todesurteils zu bewegen. Die "stille Diplomatie" scheint zum jetzigen Zeitpunkt des Verfahrens ein untaugliches Mittel zu sein. Es wird höchste Zeit, daß die einflußreichen Regierungen des Westens die Haltung des protestierenden Zuschauers aufgeben, wenn anders das Leben Kim Dae Jungs und sieben weiterer zum Tode verurteilten Südkoreaner nicht gerettet werden kann.

Wenn nunmehr der deutsche Botschafter in Seoul laut Westfälischer Allgemeiner Zeitung vom 3. Dezember 1980 die Meinung äußert, "der Prozeß gegen Kim werde fair geführt und verdiene keine Einnischung", dann müßten spätestens jetzt bei der Bundesregierung die Alarmsignale aufleuchten. Eine Sondermission unter Leitung einer einflußreichen und angesehenen Persönlichkeit sollte sofort nach Seoul entsandt werden.

(-/3.12.1980/ks/ca)

+ + +



Noch ein Kabinett-Stück

Der Koordinator Maier ist gescheitert

Von Berthold Merkel

Pressereferent der SPD im bayerischen Landtag

Es ist schon zu dumm: In einer Minute wertet der CSU-Generalsekretär Stoiber die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kultusminister Hans Maier und dem CSU-Chef Franz Josef Strauß als "ein aufgeblasenes Nichts", wobei er freilich seinen konservativen Polit-Pfadfindern mit Namen Schüler-Unionisten samt ihrem Fähnchenträger Nachmann nicht eben das beste Zeugnis ausstellt. In der nächsten Minute wirft dann Wilhelm Ebert, der Bundesvorsitzende des Verbandes Erziehung und Wissenschaft, dem bayerischen Kultusminister vor, er sei für das Entstehen einer "geistig verminten, bildungspolitischen Demarkationslinie" verantwortlich; Maier sei der "letzte Mohikaner längst überholter, inhumaner Bildungsvorstellungen".

Nun müßte es nicht gerade Ebert gewesen sein, der da in ungewohnter Schärfe und in der Wortstärke einer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf dem Kultusminister herumschlug. Ebert, der bisher eigentlich seine Kritik am CSU-Bildungswesen eher piano vorbrachte, hat offensichtlich endlich einen Strauß-genehmen Sündenbock ausgemacht. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß Strauß an den Attacken von Ebert auf Maier etwas aussetzen hätte, ebenso wenig wie an den Angriffen Nachmanns auf den Kultusminister. Sieht man dazu noch, daß Ebert schon seit geraumer Zeit seinen Briefwechsel in Sachen "Lehrerinteressen" nicht etwa mit dem zuständigen Ressortminister führt, sondern mit dem Ministerpräsidenten selbst, daß die Gespräche zwischen Strauß und Ebert "in freundschaftlicher Atmosphäre" verlaufen, wobei immer wieder "große Gemeinsamkeiten" festgestellt werden, daß Ebert seine Kritik vor allem dort massiv ansetzt, wo sie den Ministerpräsidenten nicht allzu hart trifft; dann drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf, Ebert rechnete vor seinen Angriffen auf Maier mit dem wohlwollenden Kopfnicken von Strauß.

Die von Maier zitierte, aber keineswegs "stumme Geisterarmee von Kritikern" ist also um eine weitere wichtige Figur verstärkt. Nicht die offene Feldschlacht ist es, wie sie Maier gerne hätte, sondern ein kalter Krieg, wobei der Drahtzieher Strauß tunlichst im Hintergrund bleibt.

Warum wird Maier auf diese erbärmliche und schäbige Weise fertiggemacht? Nun, der ordentliche Professor für Polit-Wissenschaften hat versagt - nicht etwa als Minister, denn Maier war nie mehr als das politisch verantwortliche Aushängeschild CSU-konservativer Bildungsansichten. Nein, Maier hatte lediglich als Koordinator zu fungieren - als Mittler und Vermittler der Interessen des CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten, des Kabinetts, der CSU-Landesleitung, der in 23 Jahren in unermeßliche Eigenständigkeit gewachsenen obersten Kultusbürokratie, der katholischen Kirche vor allem in den ultra-konservativen Kreisen, der CSU-Landtagsfraktion und der CDU-Kultusminister der übrigen Bundesländer. Erst weit nach diesen - allerdings unterschiedlich - vorrangig zu vertretenden und zu berücksichtigenden Kultus-Interessen rangieren dann die Betroffenen, die Lehrer, Eltern und Schüler samt ihren Organisationen und Verbänden.

Oberste Priorität hat also Franz Josef Strauß. Jener Mann, der den kulturpolitischen Ton nach seinem persönlichen Empfinden angibt, der aber dank seiner landespolitischen In-



kompetenz nicht zu recht viel mehr in der Lage ist, als bundesweit gegen eine "Gleichmacherschule" ins Feld zu ziehen und die Aufrechterhaltung der irrsinnigen Absenzerregelung für die gymnasiale Kollegstufe damit zu begründen, daß - wie zu hören war - das Gesicht gewahrt werden müsse. Wichtig ist an der bayerischen Kulturpolitik allenfalls noch für den CSU-Vorsitzenden, daß seine Freunde von Maier auf die richtigen und lukrativen Posten gehoben werden. Das beste Beispiel ist zweifellos Lothar Bossle, der Rechts-Ausleger und Strauß-Intimus, der gegen den massiven Widerstand sämtlicher Gremien der Würzburger Universität auf den warmen Soziologie-Lehrstuhl gesetzt wurde.

Folgt das Strauß-Kabinett. Hier ist es vor allem der Finanzminister Max Streibl, nach dem sich Maier zu richten hat. Devot darf er seine Wünsche nach mehr Lehrern - zu bescheiden, um noch berechtigt zu wirken - vortragen, um dann grob zu erfahren, daß er gefälligst mit dem zufrieden sein soll, was er bekommt. Doch der Kultusminister schluckt's, wenn auch schwer, er ist der treue Diener, der verständnisheischend und erfolgsmeldend vor der Öffentlichkeit das vertritt, was Streibl von seinen Wunschträumen übriggelassen hat. Auf den Ministerrats-Tisch hauen traut sich Maier mit seinem zarten Professoren-Händchen ja nicht!

Die Interessen der CSU-Landesleitung sind von Maier relativ leicht zu befriedigen, stimmen sie doch zumeist mit denen des Herrn Strauß überein. Da hat der Kultusminister allenfalls noch dafür zu sorgen, daß oberste CSU-Namen ausreichend und positiv in den ministeriellen Publikationen vertreten sind, daß darin das konservative Weltbild der CSU, ein inhumanes Leistungs- und Ausleserprinzip im Schulwesen, richtig getarnt und verbreitet und daß ausgiebig über die Sozialdemokraten und die Schulreformen und die Gesamtschule und - je nachdem - die Jugend geschimpft wird. Wichtig ist noch die besonders extreme bayerische Handhabung des "Radikalenerlasses", dem jetzt zu Hauf auch Sozialdemokraten vorgeworfen werden. Natürlich gefällt das der CSU-Landesleitung, und es gefällt ebenso der Kultusbürokratie, die nichts Schöneres weiß, als kritische und engagierte junge Bürger wegen nichts und wieder nichts durch sämtliche gerichtliche Instanzen zu jagen, sie finanziell und sozial in ihrer Existenz zu bedrohen und dabei Steuergelder zu verschwenden, auch wenn sie mit ihrer Radikalen-Auslegung eine Niederlage nach der anderen einstecken muß.

Die Kultusbürokratie, die in 23 Jahren bayerischer CSU-Herrschaft ein nicht mehr zu verantwortendes Eigenleben, eine fast unumschränkte Allmacht in ihrer obersten ministeriellen Spitze entwickelt hat, ist für Maier besonders schwierig zu handhaben. Das muß er nämlich politisch verantwortlich ausbaden, was ihm die Herren Ministerialbeamten selbstherrlich einbrocken. An der Spitze des konservativen Kultusbeamten-Clans, der seine bildungspolitischen Ansichten Mitte des vorigen Jahrhunderts eingefroren hat, steht "Seine graue Eminenz", Ministerialdirektor Dr. Böck, machtvoller Richtungsweiser, der seinen Daumen auf allem hat, was Sonder-, Volks-, Real-, Berufsschulen und Gymnasien, das außerschulische Bildungswesen und den Sport betrifft. Dazu ist Dr. Böck noch Leiter der Ständigen Kommission für Bildungsplanung beim Ministerium; was dort ausgegoren wird, zeigte im Frühjahr dieses Jahres das durch Zufall bekanntgewordene Protokoll der 99. Sitzung dieser Kommission, in dem Böck und Company beratschlagten, wie das dreigliedrige Schulwesen am unauffälligsten durch "Druck nach unten" gerettet werden könnte. Mit Böck zeichneten sich in diesem Gremium besonders negativ aus: Ministerialdirigent Dr. Pütterich, Ministerialrat Frau Rauscher (auf diese beiden wird noch eingegangen), Ministerialrat Liepold, verantwortlich für Unterrichtstechnologie und für die Ansicht, "eine Senkung der Übertrittsquoten sei am ehesten durch eine Änderung der verursachenden Faktoren zu erreichen", sowie Ministerialrat Selzle, der sich um die Einstellung von Volksschullehrern und auch sonst um diese zu kümmern hat und diesen Lehrern in jener denkwürdigen Sitzung bescheinigte, ihr neues Selbstverständnis und ihr neues Selbstbewußtsein "habe sich in spürbarem Maße in einem Rückgang der Loyalität gegenüber dem Ministerium geäußert".



Im Vergleich zu Böck wirkt der zweite Ministerialdirektor im Hause, Kießling, direkt harmlos, wenngleich auch an seiner konservativen Haltung nicht zu zweifeln ist. Er hat als oberster zuständiger Beamter aber die schlimmen Auswüchse des Bayerischen Hochschulgesetzes zu verantworten, ist zuständig für die vielen Mißstände an den bayerischen Universitäten und steht auch - als oberster Beamter über dem zuständigen Ministerialrat Fießler - für die ungute bayerische Praxis bei der Anerkennung außer-bayerischer Schulabschlüsse.

Zwei Stockwerke tiefer sitzt Ministerialrat Dr. Pütterich. Was von ihm und seiner Einstellung zu Reformen im Bildungsbereich zu halten ist, sieht man mit einem Blick auf die Behinderungen und Belastungen, denen im Freistaat Schulversuche, vor allem Modelle der integrierten Gesamtschule, um des geliebten und "politisch-gewollten" dreigliedrigen Schulwesens willen ausgesetzt sind.

Ministerialdirigent Dr. Kitzinger, zuständig für Gymnasien, der in der geheimnisumwitterten Bildungsplanungskommission aus seinem Herzen keine Mördergrube machte und den Rückgang der Probezeitrückweisungen von den Gymnasien mit dem Vorwurf einer "allgemeinen Neigung zu 'größerer Milde'" verband, ist anzusetzen für die schikanöse Abwesenheitsregelung; gekommen ist diese unmenschliche Schikane à la Darwin'sche Auslesemethoden mutmaßlich aus dem Rechtsreferat unter Ministerialrat Dr. Barrl (der im Übrigen auch bei der rechtswidrigen Behandlung der "Weidener Referendare" federführend war), hinhalten muß den Kopf aber dafür wahrscheinlich Ministerialrat Dr. Bayer, der sonst eher als vernünftiger Mann "verschieden" ist. Noch zu erwähnen wäre Ministerialrat Frau Rauscher, zuständig für die Volksschulen und die Erwachsenenbildung; ein Blick auf die Misere und Vernachlässigung in beiden Bereichen läßt kaum noch Zweifel an ihrer Inkompetenz.

Für all diese Damen und Herren muß der Kultusminister politisch geradestehen. Er hat für Ordnung in seinem Hause zu sorgen! Darum ist Maier sicher nicht zu beneiden, tun die obersten Beamten doch das, was sie für richtig halten und richten sich allenfalls nach den vereinzelt auftauchenden Strauß'schen Linien und der CSU-Generalrichtung. Wenigstens kann der Professor noch auf seinen Ministerialrat Dr. Arnold, zuständig für "Schule & Wir" bauen; über dieses kultusministerielle Propagandaorgan ist er immerhin noch in der Lage zu versuchen, - freilich an der Wirklichkeit vorbei - eine heile Schul- und Ministeriumswelt zu vermitteln. Der "Schulreport" hingegen ist ja ziemlich in den Machtbereich profilierungsbesessener CSU-Politiker abgerutscht, wie die Vergleiche führender Sozialdemokraten mit den Kommunisten durch den CSU-Bundestags-Scharfmacher Dr. Albert Probst überdeutlich gezeigt haben. Zuständig für die CSU-Propagandaschrift, die auf dem Dienstweg an die bayerischen Lehrer geht, ist übrigens Ministerialrat Dr. Völkl und stellvertretend (wen haben wir denn da) Ministerialrat Dünninger, dessen Presseerklärungs-Eruptionen immer peinlicher und mieser werden.

Als oberster Laien-Katholik ist Maier natürlich auch der katholischen Kirche in besonderer Weise verpflichtet. So mußte es für ihn eine Selbstverständlichkeit sein, den kritischen Theologen Johann Baptist Metz nicht nach München zu berufen; Zwar wollten die Studenten und die katholische Fakultät den engagierten und provilierten Moraltheologen, das Erzbischöfliche Ordinariat zog aber einen bequemen Provinzmann aus Passau vor, der dann auch prompt nach München geholt wurde. Nur mit unnachahmlicher Härte gegen sich selbst vermochte der Minister sich ein Herz zu fassen und einen Entwurf für die gesetzliche Verankerung des Sexualkundeunterrichts gegen den Widerstand äußerst konservativer katholischer Gruppierungen wie dem "Maria-Goretti-Kreis" dem Landtag vorzuschlagen (weil er wegen des Urteils des Verfassungsgerichts gar nicht anders konnte).



Auf einer Stufe, in der schon die Nicht-Berücksichtigungen überwiegen, rangiert bei Maier die CSU-Landtagsfraktion. Was zur Folge hat, daß immer wieder Minderheiten der Landtags-CSU sich auflehnen wie beim gesetzlichen Watsch'n-Verbot oder jüngst bei der von der SPD geforderten Generalamnestie für die Absenzen-Streiker. In besonders krassen Fällen stellt sich die CSU-Fraktion auch gegen Maier, der doch nichts anderes tat, als sich hinter seine Bürokratie zu stellen, als er partout die Berufsausbildung einer deutschen Aussiedlerin aus Polen in Bayern nicht anerkennen wollte.

Wo es für Maier dann schon sehr schlimm wird, die Interessen zu koordinieren, ist die Ebene der Länder-Kultusminister. Todesmutig und um Strauß zu gefallen, stürzte sich Maier gar in den Clinch mit den CDU-Kollegen, vor allem mit dem niedersächsischen Remmers, sei es wegen der Gesamtschule oder der gegenseitigen Anerkennung der Schulabschlüsse. Einsam auf weiter Flur hält er tapfer die Fahne des CSU-Bildungskonservatismus aufrecht und sehert sich keinen Deut darum, daß Bayern den Anschluß verliert. In Konsequenz dazu hängt er sich auch bei allen Bildungsinitiativen im Bundesrat an, wenn sie nur einen Rückschritt oder Stagnation bringen, und marschiert genauso brav auch allein, wenn ihm gemeinsames Vorgehen mangels der Bereitschaft der anderen Länderkultusminister nicht geboten ist.

Es darf nicht bestritten werden, daß Maier letztlich auch noch die Interessen der von der CSU-Bildungspolitik am meisten Betroffenen, der Lehrer, Schüler und Eltern in seine Koordinierungsplanungen einzubauen versucht. Was allerdings nach den eben geschilderten Prioritäten noch berücksichtigt werden kann, läßt sich leicht ermessen: Nichts!

Es ist schlicht ein Wunder, daß der Politologie-Professor den aus seiner Koordinator-Tätigkeit erwachsenen Schwierigkeiten zehn Jahre lang standhalten konnte. Vielleicht hat ihm das Orgelspiel den notwendigen seelischen Rückhalt gegeben. Jetzt aber hat Maier seinen von ihm als oberste Priorität eingestuften Parteivorsitzenden gegen sich, der einen Sündenbock braucht, nachdem die Jäger aus allen Richtungen zur Jagd geblasen haben. Auf seine Staatssekretärin kann der Minister sich nicht verlassen; Frau Dr. Mathilda Berghofer-Weichner ist als Hilfstruppe zu farblos.

Der Koordinator Maier ist gescheitert! Wenn er jetzt gleich geht, kann er sich noch relativ aufrecht aus der Affäre ziehen. Dies wird Strauß aber nicht zulassen, denn der CSU-Chef hat seinen Kritikern "panem et circenses" ("Brot und Spiele") versprochen, um sie ruhig zu halten. Die Jäger wollen Blut sehen, und wenn nicht Maier unter Federführung von Strauß jetzt erbarmungslos und hinterrücks zerfleischt wird, könnte sehr leicht der CSU-Vorsitzende selbst daran glauben müssen. Das weiß Maier, und das weiß Strauß! Und Maier weiß auch, daß Strauß sich darüber im Klaren ist!

(-/3.12.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

